

Antragsbereich E / **Antrag E5****AntragstellerInnen:** AfA**Empfänger:** Landesparteitag**Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung an baye-
rische MdEPs für europäisches
Wahlprogramm**E5: Für ein besseres, ehrliches Europa**

Die Europäische Union steht vor einer richtungswei-
senden Wahl. Das Europäische Parlament könnte
nach der Europawahl 2019 stark nach rechts rücken.
Es droht eine Mehrheit aus neoliberalen, konservati-
5 ven mit Rechtsextremen, Nationalisten und anderen
EU-Gegnern besetzt sein. Es geht also um eine Rich-
tungsentscheidung.

Wir rufen dazu auf, den Kampf um Europa in der
10 Wahl 2019 ehrlich und offensiv zu gestalten!

Die EU ist ein vergleichsweise junges Projekt, das
in der Welt einzigartig ist. Für die EU gibt es keine
Schablonen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass
15 die EU nicht perfekt ist. Das merken auch die Bür-
gerinnen und Bürger. Während die EU derzeit noch
unseren Frieden und Wohlstand garantiert und uns
ein Gewicht in der globalisierten Welt gibt, ertrinken
Menschen im Mittelmeer, fallen wirtschaftlich schwa-
20 che Menschen und Regionen in der EU immer weiter
zurück. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet
sich sowohl zwischen Mitgliedstaaten und Regionen
als auch innerhalb der jeweiligen Gesellschaften. In
einigen Mitgliedsstaaten sind zunehmend Rechts-
25 staat, bürgerliche und demokratische Rechte bedroht.

Die EU hat es bisher versäumt, die Europäische Säule Sozialer Rechte umzusetzen und Sozialstandards an die höchsten Niveaus anzugleichen.

30

Die Menschen müssen wissen, dass eine Verbesserung der EU eine vertiefte EU sein muss. Und dass die SPD die Partei ist, die diese Verbesserungen durchsetzen möchte. Die EU darf nicht zu einer militarisierten

35 Freihandelszone verkommen.

Die Devise muss sein: Europa wirtschaftlich erfolgreich, sozial und ökologisch zu gestalten. Im Themenfeld Arbeit und Soziales sollen die folgenden, inhaltlichen Punkte zur Positionsfindung dienen. Viele Punkte finden sich auch in der Position des DGB wieder.

40

Die Soziale Säule in Europa stärken

45

Wir brauchen armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedsstaat, die über der Armutsschwelle der jeweiligen Länder liegen. Die Sozialpartner dürfen durch diese Mindestlöhne nicht ausgehebelt werden und müssen bei der Festsetzung einbezogen werden.

50

Die wirtschaftlichen Ziele der EU sollten immer gekoppelt werden mit sozialen Zielen (Renten, Sozialversicherung, Armutsbekämpfung, etc.)

55

Die „Work-Life Balance Richtlinie“ muss verabschiedet werden, um Leben und Beruf besser in Einklang bringen zu können.

Die Plattformökonomie ist eine große Herausforderung. Hier brauchen wir verpflichtende Mindestschutzstandards und klare Verantwortbarkeiten bei

60

den Auftrags-, und Arbeitgebern. Die Plattformökonomie sollte an Mitbestimmung und Tarifstrukturen gekoppelt werden.

Beschäftigte müssen über ihre Informationsrechte Bescheid wissen und ein Mindestmaß an Transparenz gewährleistet bekommen. Hierzu muss die Transparenzrichtlinie verabschiedet werden.

Die Ausbeutung von Solo-Selbstständigen muss bekämpft werden. Dazu müssen EU-weite Mindestvergütungsstandards und die Einbeziehung in sozialpartnerschaftliche Tarifverträge umgesetzt werden. Im Wettbewerbsrecht sollte der Vorschlag des DGB aufgenommen werden, Ausnahmen vom Kartellverbot für Absprachen zu formulieren, die durch einen Dialog von Sozialpartnern zu Gunsten von Solo-Selbstständigen vereinbart werden, das unmittelbare Auftragsverhältnis betreffen, und dabei das strukturelle Machtgefälle zwischen Auftraggebern und -nehmern berücksichtigt.

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der EU braucht es eine Mindest-Arbeitslosenversicherung und Mindeststandards in der Sozialen Sicherung durch ein angemessenes Mindesteinkommen auch bei Arbeitslosigkeit.

Gute Arbeit muss in der EU in den Vordergrund gestellt werden. Mitbestimmung und Gewerkschaften müssen gesichert, gestärkt und beteiligt werden. Daher braucht es eine Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung, um Mitbestimmung zu schützen und zu fördern. Auch grenzüberschreitende Mitbestimmung kann hier geregelt werden. Die Arbeit von europäischen Betriebsräten muss gefördert werden. Hierzu

bedarf es eines Ausbaus von Sanktionen und eine
100 Verankerung eines allgemeinen gesetzlichen Unter-
lassungsanspruches. EU-Vergaberichtlinien müssen
daher soziale Standards einbeziehen und fördern.
Öffentliche Aufträge sollten nur noch unter Einhal-
tung sozialer und ökologischer Standards vergeben
105 werden (z.B. Firmen mit Tariftreue, Mitbestimmung,
etc. bevorzugen). Die Tarifbindung muss auch auf
europäischer Ebene gestärkt werden. Fördermittel
müssen bevorzugt an tarifgebundene Firmen gezahlt
werden. Die Tarifautonomie muss in allen Mitglieds-
110 staaten gestärkt und auf europäischer Ebene etabliert
werden.

Die EU darf keinen Druck mehr in Richtung Privati-
sierung und Liberalisierung ausüben. Auch bereits
115 getätigte Liberalisierungen sollten geprüft und gege-
benenfalls zurückgenommen werden.

Der EuGH braucht eine Kammer für Arbeits-, und So-
zialrecht, um die jetzigen und zukünftigen Standards
120 einklagbar zu machen.

Die Arbeitnehmermobilität muss fair gestaltet wer-
den. Missbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit und
Dienstleistungsfreiheit muss bekämpft werden. Die
125 neue Entsenderichtlinie muss in nationales Recht
umgesetzt werden. Auch für die Beschäftigten im
Transport-Sektor müssen die Regelungen ab dem
ersten Tag gelten. Zentrale Forderung ist eine ef-
fektive Europäische Arbeitsbehörde (ELA). Diese
130 muss Arbeitskontrollen in Zusammenarbeit mit
nationalen Stellen durchführen und koordinieren.
Eine Europäische Sozialversicherungsnummer ist die
Voraussetzung für eine Verbesserung von Kontrollen
und um Missbrauch vorzubeugen.

135

Handelsabkommen müssen den Sozial- und Arbeitnehmerschutz zur Voraussetzung des Handelns machen und Schutzmaßnahmen gegen alle Prozesse von Lohn- und Sozialdumping fordern und fördern.

140

Die domestic advisory groups unter Beteiligung der Gewerkschaften müssen hier bei Nichtachtung sanktionsbewehrte Verfahren einleiten können. Transparenz und Offenheit müssen jedes Handelsabkommen begleiten.

145

Just Transition – mit den Gewerkschaften!

150

Das gewerkschaftliche Konzept zur „Just Transition“ muss zu einem Wesentlichen Bestandteil der europäischen Energie-, und Klimapolitik und der Energieunion werden. Strukturwandel müssen gerecht und nachhaltig gestaltet werden, sonst werden die Menschen die Bekämpfung des Klimawandels nicht mittragen.

155

Hierzu braucht es eine transnationale, intelligente, sozialdemokratische Industriepolitik. Diese muss sich an sozialen, ökologischen und dann ökonomischen Standards orientieren.

160

Neu geschaffene Arbeitsplätze und „green jobs“ müssen auch den Standards der „guten Arbeit“ entsprechen. Tarifbindung und Mitbestimmung müssen hier umgesetzt werden.

165

Jeder struktureller Wandel muss begleitet werden durch Bildungsmaßnahmen, um keine Arbeitnehmerin und keinen Arbeitnehmer zurückzulassen. Diese Bildungsmaßnahmen sollten mit Eu-Förderungen

170

unterstützt werden.

Eine sozialdemokratische Antwort an Emmanuel Macron

175 Zusätzlich zu den Forderungen braucht es endlich
eine sozialdemokratische Antwort an Emmanuel
Macron. Europa ist in Gefahr, es zu erhalten verlangt
auch ein Vertiefen der Allianzen mit den übrig geblie-
benen Europafreundinnen und Europafreunden. Der
180 nachfolgende Text ist als Ergänzung und Reaktion
zum Papier der Grundwerte-Kommission zu sehen
und von der Parteiführung für eine Antwortformulie-
rung zu verwenden.

185 Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
Deutschland steht viel auf dem Spiel. Wenn jetzt, in
wirtschaftlich vergleichsweise günstigen Zeiten, nicht
gehandelt wird, steht Europa bei künftigen Krisen
vor dem Zerfall. Deshalb begrüßen wir zunächst,
190 dass der französische Präsident Emmanuel Macron
mit seinen Zukunftsvisionen ein friedliches, geeintes
Europa vorantreiben und Europa in den Fokus der
europäischen und nationalen Aufmerksamkeit rü-
cken will. Die deutsche Bundesregierung muss diesen
195 Gesprächsfaden endlich aufnehmen. Das dröhnende
Schweigen der Bundeskanzlerin verstößt gegen den
Koalitionsvertrag und gefährdet die wirtschaftliche
und soziale Entwicklung, auch in Deutschland. Die
SPD-Grundwertekommission hat erkannt, dass die
200 nötige Antwort auf die Ansinnen Emmanuel Macrons
nachdrücklich und sozialdemokratisch sein muss und
vor allem auch, dass sie nicht mehr länger auf sich
warten lassen sollte. In Zeiten starker nationalisti-
scher Tendenzen innerhalb und außerhalb der EU
205 kann nur eine freiheitliche, soziale und demokrati-
sche Europäische Union die Zukunft sein. Dies gilt

allerdings für die nationalen Politiken ebenso wie für die europäische Ebene. Die AfA kritisiert deshalb weite Teile der französischen sogenannten Reformpolitik. Umverteilung nach oben, Privatisierung und Abbau von Arbeitnehmerrechten passen nicht in ein gemeinsames Europa. Wer Beschäftigung und Investitionen, Finanzmarkt-Stabilität und gemeinsame Institutionen weiterentwickeln will, muss in seinem Land die Spaltung der Gesellschaft beenden, anstatt sie zu vertiefen. Macron ist daher in keiner Weise ein Vorbild für die AfA, die SPD oder die Sozialdemokratie im Allgemeinen.

220 Reformen für ein soziales Europa

Macrons Liste für die Schlüssel zur Souveränität der EU ist in unseren Augen unvollständig. Die EU kann sich nur als eigenständig und vollständig betrachten, wenn sich die Erwartungen der dort lebenden Menschen nach einem guten, friedlichen und erfüllten Leben erfüllen können. Das ist überhaupt die ganze Rechtfertigung für das Projekt und die Idee der Europäischen Union. Dies gehört an die erste Stelle einer Antwort an Macron. Die soziale Säule der EU darf nicht weiterhin eine nachrangige Dekoration bleiben. Regelungen zum Mindestlohn, Standards für Arbeitnehmer/innen-Schutz, Elternzeit, hohe Mindeststandards für soziale Sicherung, integrative Arbeitsmarktpolitik, gerechte Besteuerung auch großer Kapitalerträge und Vermögen zur Entlastung der Arbeitseinkommen, Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung sowie Stärkung der Tarifbindung und der Gewerkschaften gehören auf die europäische Agenda - und zwar nicht als Ersatz für nationale Regelungen, jedoch als Absicherung gegen Lohn- und Sozialdumping und gegen eine weitere Polari-

sierung von Regionen und Gesellschaftsschichten. Den Forderungen der Grundwertekommission nach
245 einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) und einem
EU-Arbeitsminister entsprechen der Beschlussla-
ge der AfA und sind grundsätzliche Forderungen
für ein stärkeres, gerechteres Europa. Wir fordern
ausreichend Rechte und Personal für die ELA unter
250 Einbeziehung der Sozialpartner. Bevor es einen
Minister für Euro-Financen gibt, wie Macron ihn
fordert, fordert die AfA eine EU-Institution, ein Mi-
nisterium für Arbeit und Soziales. Deren Aufgabe
wäre zunächst vor allem, die Einhaltung der Regeln
255 zu überwachen und durchzusetzen, sei es durch
direktes behördliches Handeln, vorrangig aber durch
intensive Kooperation mit nationalen Institutionen.
Die EU darf nicht nur Staatshaushalte und ökonomi-
sche Rahmendaten überwachen, sondern muss ihre
260 Schutzfunktion gegenüber den finanziell Schwäche-
ren wahrnehmen, auch dort, wo nationale Behörden
bisher versagen. Zudem brauchen wir eine beob-
achtende und präventiv wirkende Einrichtung, die
die enormen Umbrüche in der Arbeitswelt analysiert
265 und europäische Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigt.
Den Mindestlohnrahmen an mindestens 60% des
Medianlohnes EU-weit zu orientieren ist ein guter
Schritt in Richtung sozialer Konvergenz, also der
Angleichung zwischen den Regionen und Mitglieds-
270 staaten. Die AfA fordert in Übereinstimmung mit der
Grundwertekommission eine Angleichung an die je-
weils höheren Standards. Wir sind auch der Meinung,
dass gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort
gelten muss und begrüßen daher die Richtung, in die
275 die Entsenderichtlinie soeben novelliert wird. Das Ziel
ist und bleibt die gleiche Bezahlung und Behandlung
der Arbeitenden am gleichen Ort, und zwar ohne
jede Ausnahme. Die AfA stimmt mit Präsident Ma-

cron überein, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der
280 Eurozone und in der EU abgebaut werden muss. Der
neoliberale Weg ist allerdings sowohl wirtschaftlich
wie politisch gescheitert. Arbeitsmarktreformen,
wie sie Macron für Frankreich in seiner Rede in der
Sorbonne als Beispiel von nationaler Verantwortung
285 benannt hat, lehnen wir daher im Grundsatz ab.
Sowohl seine Durchlöcherung des Kündigungsschutzes,
die Begrenzung der Höhe von Abfindungen,
Einschnitte in die Renten, das Streichen von Stellen
im öffentlichen Dienst, die Beschneidung von Mitbestimmung
290 als auch das weitgehende Streichen der
Vermögenssteuer sind weder mit den Interessen der
Arbeitnehmer/innen noch mit sozialdemokratischen
Grundwerten vereinbar, geschweige denn vor dem
deutschen Erfahrungshintergrund empfehlenswert.

295

„Schnell umsetzbare Projekte: Europäische Agentur
für radikale neuartige Innovationen, Europäische
Universitäten“

300 Der Grundgedanke einer EU-weiten Agentur für
„radikale neuartige Innovationen“ birgt manche
Vorteile. Das Teilen von Wissen und Forschung führt
zu optimalem Output. Forschung und Wissenschaft
sind wichtige Pfeiler für den Wohlstand und den
305 Fortschritt in unserer Gesellschaft. Derartige Innovationen
haben jedoch auch das Potential, traditionelle
Produktionsformen zu ersetzen oder massiv zu
verändern. Dies hat erhebliche Konsequenzen für
Arbeitsplätze. Daher spricht sich die AfA dafür aus,
310 in einer möglichen Agentur für „radikale neuartige
Innovationen“ insbesondere die Auswirkungen auf
die Arbeit und den möglichen Strukturwandel in den
Regionen erforschen zu lassen, um die Veränderungen
vorausschauend gestalten zu können. Wir

315 stimmen mit Macron darüber überein, dass sich
 die digitale Revolution um „Talente“ dreht, also um
 qualifizierte Menschen. Anders als Macron fordern
 wir allerdings, diese „Talente“ zu schaffen anstatt sie
 aus anderen Ländern heranzuziehen. Es gibt noch
 320 viel zu viele, auch gut gebildete Arbeitslose in der EU
 und Millionen junge und ältere Arbeitsuchende, die
 das reiche Europa selbst weiterqualifizieren muss.
 Brain Drain ist sowohl in Drittstaaten, als auch in
 EU-Ländern zu bekämpfen!

325

Gemeinsame	Afrika-	und
Europäische	Nachbarschafts-	Strategie,
Entwicklungszusammenarbeit,	Asyl-	und
<u>Migrationspolitik</u>		

330

Die AfA stimmt mit der Position der Grundwerte-
 kommission überein und unterstützt im Besonde-
 ren den geforderten Doppelbeschluss, der einen
 Entwicklungs- und Investitionsfonds fordert, der
 335 Kommunen unterstützt, die freiwillig Flüchtlinge
 aufnehmen wollen. Die Kombination aus Geldern für
 die Integration der Geflüchteten und Gelder für die
 Weiterentwicklung der Kommunen kann zur besse-
 ren Integration und gleichzeitig zur Entwicklung der
 340 Kommunen beitragen. Hinzufügend begrüßen wir
 Macrons Vorstoß für eine ausgedehnte Partnerschaft
 mit Afrika. Die Betonung europäischer Werte und
 Standards darf jedoch nicht kolonialen Charakter
 haben. Auch in der Handelspolitik sollte sich eine
 345 faire Entwicklungsstrategie ausdrücken. Wir betonen,
 dass die Summe der Entwicklungshilfe aus der EU
 im Gesamten nicht sinken, sondern eher steigen
 sollte und eine neue Qualität gewinnen muss. Die
 Gelder sollten kontrolliert in Projekte fließen, die eine
 350 eigenständige wirtschaftliche Entwicklung, Bildung,

Frieden und die Demokratie stärken. Wir lehnen es ab, dass internationale Konzerne Land in den Entwicklungsländern aufkaufen. Bei Investitionen in diese Länder muss darauf geachtet werden, dass die
355 Bevölkerung den großen Teil der Belegschaft stellt, die fair entlohnt wird und Möglichkeit zur Bildung und Mitbestimmung bekommt. Vor allem kommt es darauf an, die Entwicklungszusammenarbeit nicht durch Handelspraktiken, unkontrollierten und oft
360 illegalen Kapitalabfluss, durch egoistische politische Einflussnahmen, Waffenexporte und militärische Einmischung, Fischereipolitik und andere altbekannte unfaire Praktiken aus Vergangenheit und Gegenwart zu unterlaufen.

365

Sozialökologischer Umbau

Klimaschutz ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Die Grundwertekommission hat fünf wichtige
370 Fragen für einen Dialogprozess vorgeschlagen, die unter sozialökologischen Aspekten auf EU-Ebene diskutiert werden müssen. Die Zukunft der Städte, Energiewende, Neuordnung des Verkehrs, Agrarwende und ökologische Industriepolitik müssen
375 ökologisch und sozial umgesetzt werden. Saubere Luft und sauberes Wasser, ausreichende Ressourcen und eine intakte Natur sind die Voraussetzung allen Lebens und müssen gewährleistet werden. Bei all diesen Themen ist es aber auch wichtig, sie in Anbetracht
380 sozialer Auswirkungen zu behandeln. Wir fordern daher, bei Umstrukturierungen EU-weit mit den Gewerkschaften zusammen Konzepte zu erarbeiten, wie ein Strukturwandel durch Umbrüche in der Industrie, in der Stadtpolitik, im Verkehr, in der Energie- oder
385 der Landwirtschaft möglichst sozialverträglich und zukunftsträchtig gestaltet werden kann.

Stärkung der Europäischen Währungsunion und Wirtschaftspolitik

390

Wir fordern Solidarität gegenüber den finanziell schlechter gestellten Teilen der Bevölkerung in Krisenländern und ein Ende der brutalen Sparpolitik, die zu massivem Abbau von Sozialleistungen, Löhnen, Sicherheit und Arbeitsplätzen geführt hat. In diesen Ländern braucht es Investitionsprogramme in Bildung und Infrastruktur, um Wirtschaftsleistung zu ermöglichen. Sparpolitik, Umverteilung und Privatisierung werden weder zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen noch der sozialen und menschlichen Lage in diesen Ländern führen. Wir werden es nicht zulassen, dass der Eindruck erweckt wird, dass durch die europäischen „Rettungsmaßnahmen“ nebst ihren unsozialen Auflagen in erster Linie den Menschen geholfen würde. Es ging und geht um die Aufrechterhaltung des Finanz- und Bankensystems. Wir fordern eine wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung der Verteilungswirkungen und strukturellen Folgen der Strategien und Maßnahmen der europäischen „Institutionen“, ehemals Troika. Macron wünscht sich einen vereinfachten europäischen Binnenmarkt. Zu klären bleibt, was Vereinfachung konkret beinhaltet. Wir werden jedem Versuch widersprechen, Schutzregeln für Beschäftigte und Verbraucher aufzuweichen. Der französische Präsident fordert außerdem, dass Handelsabkommen (wie TTIP, CETA) transparent verhandelt und umgesetzt werden sollten. Er wünscht sich, dass diese Abkommen den umweltschutzbezogenen Ansprüchen der EU genügen.

420 Diese Abkommen müssen auch den sozialen Ansprüchen der EU gerecht werden. Die Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen dürfen nicht weiter unter

Druck geraten, im Gegenteil: Wir müssen Wege finden, wie über Mindeststandards hinaus Handelspolitik die Situation der arbeitenden Menschen direkt verbessern kann. Dies gilt umso mehr, als wir in den letzten Jahrzehnten gelernt haben, dass vom Wachstum des Handels allein die Mehrheit der Bevölkerung auch in den Überschussländern nicht profitieren konnte.

Grundsätzlich gilt: wo auch immer Ministerien oder europäische Behörden entstehen, bedarf es demokratischer Kontrolle. So darf es keinen Finanzminister der Euro-Zone ohne parlamentarische Kontrolle, keine Arbeitsbehörde ohne legitimierte Kontrolle seitens Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen geben.